

Ausschuß für Innere Verwaltung**Protokoll**

29. Sitzung (nicht öffentlich)

24. September 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

12.00 Uhr bis 13.00 Uhr

13.30 Uhr bis 15.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenographinnen: Hesse, Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Entwurf eines Gesetzes zu einer Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen

Drucksache 11/3696

Vorlagen 11/1398 und 11/1410

hier: Anhörung von Sachverständigen gemäß § 32 Geschäftsordnung

1

Zu dem Entwurf nehmen Stellung:

Ausschuß für Innere Verwaltung
29. Sitzung

24.09.1992
he-sto

<u>Organisation</u>	<u>Sprecher</u>	<u>Seite</u>	<u>Zuschrift</u>
Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V. (BDVI) - Landesgruppe NRW -	Dipl.-Ing. Dübbert	1	11/1923
Verband Deutscher Vermessungsingenieure e. V. (VDV) - Landesverband Nordrhein-Westfalen -	Dipl.-Ing. Meyer-Dietrich	7	11/1922
Arbeitsgemeinschaft Beratender Vermessungsingenieure - Vermessung - e. V. ABV - Landesgruppe NRW -	Dipl.-Ing. Riedel	9	11/1945
Landesverband der Diplom-Ingenieure für Vermessungswesen in Nordrhein-Westfalen Ausschuß Gesetzgebung (LDV NW AG)	Pilger	10	11/1921
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen	Dr. Platen	13	11/1926
Diskussion		15	

Über ihre Statements hinaus beantworten die Sachverständigen in den jeweiligen Diskussionsrunden Fragen der Ausschußmitglieder.

In die weiteren Beratungen werden auch die Zuschriften 11/1920 und 11/1929 des Arbeitskreises der freischaffenden Vermessungsingenieure einbezogen, der in der Anhörung keine mündliche Stellungnahme abgegeben hat.

Seite

2 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1992) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1992

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/4164 und 11/4370

und

3 1 000 Stellen der Schutzpolizei 1992 mit Beamten des gehobenen Dienstes besetzen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/4304

21

Der Ausschuß empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, den Nachtragshaushalt 1992 anzunehmen.

Er stellt fest, daß mit der Zustimmung zum Nachtragshaushalt der Antrag der CDU Drucksache 11/4304 inhaltlich erledigt ist.

Berichterstatter im Haushalts- und Finanzausschuß: Abgeordneter Frechen (SPD)

4 Haushaltsgesetz 1993Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200

Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlage 11/1505

Zuschriften 11/1560 und 11/1993

26

Als Termin für die Beschlußfassung einigt sich der Ausschuß auf den 26. November.

Diskutiert wird über folgende Kapitel und Titel:

- Kapitel 03 010 - Ministerium -, 26
 - Titel 526 00 - Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 26
- Kapitel 03 020 - Allgemeine Bewilligungen -, 26
 - Titel 441 10 - Beihilfen aufgrund der Beihilfenverordnung 26
- Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen -, 27
 - Titel 287 00 - Zuschuß von der Europäischen Gemeinschaft zur Förderung des Verkehrswarndienstprojektes ACCEPT 27
 - Titelgruppe 60 - Informations- und Kommunikationstechnik 27
 - "Reserveliste Bau" 27
- Kapitel 03 130 - Polizei-Führungsakademie Münster -, 27
 - Titel 536 10 - Forschungsaufgaben auf dem Gebiet des Polizeiwesens 27
- Kapitel 03 310 - 5 Regierungspräsidenten -, 28

Titel 525 20 - Kosten zur Erhaltung der Luftfahrerscheine für die bei den Regierungspräsidenten tätigen Fachkräfte	28
"Zündel-Gutachten"	28
Titel 525 10 - Aus-(und Fort)bildung der Bediensteten	28
Personalhaushalt Regierungspräsident Köln	29
Titel 643 00 - Ersattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände (GV) für Einbürgerungen	29
- Kapitel 03 350 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Gelsenkirchen -	29
Titel 427 10 - Vergütungen für nebenberufliche und nebenamtliche Tätigkeit	29
Stellen für hauptamtliches Lehrpersonal	29
- Kapitel 03 610 - Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	30
Titel 518 10 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	30
- Kapitel 03 710 - Feuerschutz	30
Titel 883 00 - Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes	30
- Kapitel 03 810 - Wiedergutmachung	30
Entschädigung für NS-Opfer	30
- Verpflichtungsermächtigungen	31
zu Kap. 03 020, Titelgruppe 70, Titel 881 70 - Nutzbarmachung vorhandener Schutzbauwerke sowie Erwerb von Grundvermögen für diesen Zweck	31

5 Zusatzabkommen zum Abkommen über die Aufgaben und Finanzierung der Wasserschutzpolizei-Schule

Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung

Drucksache 11/4245

32

Der Ausschuß meldet gegen das Zusatzabkommen keine Bedenken an.

6 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1991

Vorlagen 11/1445 und 11/1472

32

Staatssekretär Riotte informiert über die Zahl der Anschläge im ersten Halbjahr 1992.

7 Gefahrenabwehr und repressive Maßnahmen im Zusammenhang mit aggressiver Bettelei (s. Anlage 1)

34

Staatssekretär Riotte erstattet einen kurzen Bericht.

4 Haushaltsgesetz 1993

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200

Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlage 11/1505
Zuschriften 11/1560 und 11/1993

Als Termin für die Beschlußfassung einigt sich der **Ausschuß** auf den 26. November.

Anschließend diskutierten die Ausschußmitglieder den **Einzelplan 03** kapitelweise.

Kapitel 03 010 - Ministerium -

Die Frage des **Abgeordneten Paus (CDU)** nach einer gleich der in den letzten Jahren vom Ministerium gelieferten Auflistung der laufenden Gutachten - **Tit. 526 00 - Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten** - beantwortet **Ministerialrat Sander (Innenministerium)** mit dem Hinweis auf die vorsorgliche Einplanung von Mitteln für die Darstellung der Entwicklung des Extremismus in Nordrhein-Westfalen seit der Nachkriegszeit.

Kapitel 03 020 - Allgemeine Bewilligungen -

Die von **Abgeordnetem Paus (CDU)** gewünschte Erklärung, weshalb der Ansatz für Beihilfen - **Titel 441 10 - Beihilfen aufgrund der Beihilfenverordnung** - wider Erwarten eine Reduzierung aufweise, wird in der nächsten Ausschußsitzung gegeben.

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) führt auf Bitten des **Abgeordneten Paus (CDU)** zu **Titel 287 00 - Zuschuß von der Europäischen Gemeinschaft zur Förderung des Verkehrswarndienstprojektes "ACCEPT"** - aus, es handele sich um eine technisch relativ aufwendige Maßnahme zur Einbeziehung der Verkehrslageberichte aus grenznahen Räumen.

Was die **Ausgaben für Investitionen** anbelangt, so bestätigt **Staatssekretär Riotte (IM)** dem **Abgeordneten Paus (CDU)** und der **Abgeordneten Opladen (CDU)**, daß weder Maßnahmen für die Polizei in Kleve noch für die Polizei in Bergisch Gladbach noch andere Baumaßnahmen aufgrund des Beschlusses der Landesregierung, keine neuen Baumaßnahmen einzuleiten, Eingang in den Etatentwurf 93 gefunden hätten. Einzige Ausnahme bilde im Rahmen der Notmaßnahmen der Bau beim Polizeipräsidenten Dortmund - **Tit. 432 13**.

Betreffend die von der **Abgeordneten Larisika-Ulmke (F.D.P.)** angesprochene Bau-Prioritäten-Liste teilt **Staatssekretär Riotte (IM)** mit, jedes Ressort bereite für die Haushaltsverhandlungen eine Prioritätenliste zur sogenannten "Reserveliste Bau" der Landesregierung vor, im Rahmen deren Erstellung nicht nur das jeweilige Fachressort, sondern auch das Bauministerium eine Einschätzung abgebe. Die vom Innenminister eingereichte Liste wolle er dem Ausschuß zur Verfügung stellen. In die "Reserveliste Bau" aufgenommen worden sei letztendlich das schon erwähnte Dortmunder Projekt.

Die **CDU-Fraktion** wünscht nach den Worten ihres Sprechers **Paus** eine schriftliche Auflistung, welche Erst- und Ersatzbeschaffungen auf den Ergebnissen der Gutachten "Diebold" und "Mummert & Partner" beruhten (s. **Titelgruppe 60 - Informations- und Kommunikationstechnik**) und welcher Anteil des Gesamtinvestitionsvolumens von 33 Millionen DM in 1993 realisiert werden solle.

Kapitel 03 130 - Polizei-Führungsakademie Münster

Abgeordneter Paus (CDU) stellt zwei Fragen, nämlich ob die PFA jetzt über den erforderlichen Dozentenstand verfüge und ob unter **Titel 536 10 - Forschungsauf-**

gaben auf dem Gebiet des Polizeiwesens - noch die Arbeit an einer polizeitypischen Waffe falle.

Die Stellenausstattung reicht aus Sicht des Innenministers, wie **Staatssekretär Riotte (IM)** zum Ausdruck bringt, nicht aus. Die beabsichtigte Reform der Ausbildung an der PFA habe einen höheren Dozentenbedarf zur Folge. Maßgebend für die Stellenausstattung seien aber nicht nur die Innenminister der Länder, sondern über die Finanzkommission des Kuratoriums auch die Finanzminister, was das Erreichen von Verbesserungen zu einem langwierigen Prozeß mache. Die Innenminister hätten sich inzwischen allerdings geschlossen für Verbesserungen ausgesprochen, und zwar zu Lasten des jeweiligen Polizeihaushalts des Landes.

Die zweite Frage will Staatssekretär Riotte in der nächsten Sitzung beantworten.

Kapitel 03 310 - 5 Regierungspräsidenten

Die Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)**, weshalb der Ansatz für **Titel 525 20 - Kosten zur Erhaltung der Luftfahrerscheine für die bei den Regierungspräsidenten tätigen Fachkräfte** - eine deutliche Erhöhung erfahren habe, wie viele Luftfahrerscheine erworben worden seien und um wie viele Personen es sich handele, wird **Staatssekretär Riotte** schriftlich beantworten.

Abgeordneter Paus (CDU) möchte wissen, ob sich das "Zündel-Gutachten" schon im Haushalt niederschläge.

Staatssekretär Riotte (IM) verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß Zündel zwar eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet, sich zu haushaltmäßigen Auswirkungen aber nur sehr pauschal geäußert habe: Stattete man die 5 Regierungspräsidenten heute komplett mit ADV aus und erhöhte man gleichzeitig den Personalbestand um 5 %, könnte man in etlichen Jahren 15 % der Stellen abbauen. - Die Erhöhung des Personalbestandes auf um 5 % oder etwa eine drastische Beschleunigung der ADV-Ausstattung der Regierungspräsidenten seien im Haushaltsplanentwurf 93 noch nicht veranschlagt.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) macht auf die Erhöhung des Ansatzes für **Aus-(und Fort)bildung der Bediensteten - Tit. 525 10** - um 100 000 DM im

Gegensatz zu der Einsparung in dem entsprechenden Polizeibereich um 185 000 DM aufmerksam.

Amtsrat Steinbuß (Innenministerium) stellt klar, daß die Mittel für Aus- und Fortbildung bei der Polizei um 3,3 Millionen DM gesteigert und in dem Titel 525 20 zusammengefaßt worden seien. Die von Frau Larisika-Ulmke genannte Summe bilde lediglich den Saldo.

Die Erhöhung der Ausgaben für Aus- und Fortbildung bei den Regierungspräsidenten begründet **Ministerialdirigent Dr. Rombach (Innenministerium)** mit der verstärkten Bildung im ADV-Bereich. Einbezogen seien darin die Bereiche Landesplanung und Wasser- und Abfallwirtschaft.

Abgeordnetem Paus (CDU) ist, betreffend den **Personalhaushalt**, zu Ohren gekommen, daß der Regierungspräsident Köln im Vorgriff auf den Etat 93 schon in 1992 vorsorglich Beförderungen durch die Überreichung sogenannter Wirkungsurkunden ausgesprochen habe, um Beförderungssperren zu umgehen.

Wirkungsurkunden über einen so langen Zeitraum sind nach Wissen **Staatssekretär Riottes (IM)** letztmalig 1966 erteilt worden. Er könne nur vermuten, daß man in der Phase, in der in der Landesregierung darum gerungen worden sei, ob es weitere Verschärfungen in der Personalbewirtschaftung geben sollte, mit einem Beförderungsstopp gerechnet und die Bearbeitung beschleunigt habe. - Dem von Herrn Paus mitgeteilten Sachverhalt werde er nachgehen.

Den Rückgang bei den "**Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände (GV) für Einbürgerungen**" - Titel 643 00 - will **Staatssekretär Riotte (IM)** auf Bitten der **Abgeordneten Larisika-Ulmke (F.D.P.)** in der nächsten Sitzung erläutern.

Kapitel 03 350 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Gelsenkirchen

Laut Haushaltsplanentwurf beabsichtigt die Landesregierung offensichtlich nicht, so **Abgeordneter Frechen (SPD)**, die Zahl der **Stellen für hauptamtliches Lehrpersonal** zu erhöhen. Ebenso werde auch der Ansatz für **Vergütungen für nebenberufli-**

che und nebenamtliche Tätigkeit - Tit. 427 10 - trotz des starken Anstiegs der Zahl der Studierenden nicht aufgestockt.

Die Zahl der Studierenden ist nach Auskunft **Staatssekretär Riottes (IM)** von 1992 auf 1993 von 7 000 auf 7 800 angewachsen; der Anteil der Hauptamtler sei auf 34 % gesunken. In diesen Zahlen noch nicht enthalten sei die Zunahme der Zulassungen zum Studium aus dem Polizeibereich um 250 in 1993. Wollte man den bisherigen Standard fortsetzen, bedürfte es 40 zusätzlicher Stellen für Dozenten. Der Innenminister habe diesen Bedarf bei den Haushaltsverhandlungen angemeldet, aber keine Zustimmung gefunden.

Kapitel 03 610 - Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen Düsseldorf

Die von der **Abgeordneten Larisika-Ulmke (F.D.P.)** zitierte Reduzierung des **Titels 518 10 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** - führt **Ministerialrat Sander (IM)** auf die Aufgabe eines in der Grafenberger Allee angemieteten Gebäudes und den Umzug in ein landeseigenes Gebäude in der Heesenstraße zurück.

Kapitel 03 710 - Feuerschutz

Zu **Titel 883 00 - Landzuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes** - merkt **Ministerialrat Sander (IM)**, auf eine Frage der **Abgeordneten Larisika-Ulmke (F.D.P.)** eingehend, an, die Schätzung des Feuerschutzsteueraufkommens für 1993 sei etwas vorsichtiger ausgefallen. Im übrigen müsse der Neubau der Landesfeuerwehrschule abgedeckt werden.

Kapitel 03 810 - Wiedergutmachung

Abgeordneter Appel (GRÜNE) vermißt Mittel zur Ausstattung eines Landeshärtefonds für NS-Opfer, zu dessen Einrichtung die Landesregierung Bereitschaft signalisiert hätte.

Staatssekretär Riotte gibt bekannt, daß Mittel in Höhe von 1 Million DM im Einzelplan 02 veranschlagt worden seien, da der Ministerpräsident sein Interesse an der Gestaltung des Härtefonds bekundet habe.

Abgeordnete Opladen (CDU) bringt Ihr Erstaunen zum Ausdruck, daß man, obwohl plenar die Entscheidung, ob zu dem erwähnten Zweck ein Gesetz verabschiedet oder ein Härtefonds eingerichtet werden solle, noch nicht gefallen sei, bereits von seiten der Landesregierung einen Beschluß zugunsten eines Härtefonds getroffen habe.

Staatssekretär Riotte (IM) interpretiert den Ansatz als Vorschlag der Landesregierung, das Problem durch einen Härtefonds anzugehen; was aus dieser Idee werde, habe der Haushaltsgesetzgeber zu entscheiden.

Abgeordneter Frechen (SPD) legt Wert darauf, daß das Thema nicht im Haupt-, sondern im Innenausschuß weiter diskutiert werde.

Verpflichtungsermächtigungen

Abgeordneter Appel (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Verwendungszweck der für **Kap. 03 020, Titelgruppe 70, Titel 881 70 - Nutzbarmachung vorhandener Schutzbauwerke sowie Erwerb von Grundvermögen für diesen Zweck** - eingestellten 3 Millionen DM: Handele es sich wiederum um die Errichtung eines Schutzbauwerkes für den WDR in Wuppertal?

Abgeordneter Frechen (SPD) kündigt an, daß dieser Ansatz Grund für Überlegungen sein werde, mit Blick auf eine veränderte Situation den Betrag insgesamt oder teilweise einer anderen Verwendung zuzuführen.

Abgeordneter Appel (GRÜNE) wünscht angesichts der Tatsache, daß der Intendant des WDR, Nowotny, noch im letzten Jahr gegenüber der Landesregierung die besondere Dringlichkeit des Vorhabens deutlich gemacht habe, zu erfahren, was sich an praktischen Maßnahmen diesbezüglich im vergangenen Jahr ereignet habe.

Staatssekretär Riotte (IM) teilt mit, in dem in diesem Falle bestehenden "Vierecksverhältnis" Bundesinnenminister - WDR - Landesregierung - Landtag gebe es Bewegung.

5 Zusatzabkommen zum Abkommen über die Aufgaben und Finanzierung der Wasserschutzpolizei-Schule

Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung

Drucksache 11/4245

Der **Ausschuß** meldet gegen das Zusatzabkommen keine Bedenken an.

6 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1991

Vorlagen 11/1445 und 11/1472

Die **CDU-Fraktion** ist, wie ihr Sprecher **Paus** zum Ausdruck bringt, an Ausführungen über die Fortentwicklung der in dem Bericht aufgezeigten Linien in 1992, insbesondere betreffend den Rechtsextremismus, interessiert.

Gleichzeitig möchte die Fraktion wissen, ob die dem Verfassungsschutz zugewiesenen Haushaltsansätze so beibehalten, erhöht oder gesenkt werden sollten.

Staatssekretär Riotte (IM) informiert darüber, daß es im ersten Halbjahr 1992 ungefähr 300 Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte gegeben habe, davon allein in der Zeit seit 1. Juli über 200. Das Maß der Gewaltanwendung habe in den letzten Wochen erheblich zugenommen bis hin zu der Abgabe scharfer Schüsse in ein Asylbewerberheim, angefangen von Schmierereien und verbalen Bedrohungen im Vorbeifahren an Unterkünften. Die Zahl der ganz massiven Anschläge betrage ungefähr 20 seit Juli.